



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

POLEN UND DER EURO

- ANALYSE
Ohne Hektik: Polen auf dem Weg zum Euro 2
Gunter Deuber, Frankfurt/Main
- DOKUMENTATION
Presseerklärungen zur Einführung des Euro 7
- GRAFIKEN
Wirtschafts- und Finanzindikatoren für Ostmitteleuropa 9

- CHRONIK
Vom 21. Oktober bis zum 03. November 2008 12

Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung.

Analyse

Ohne Hektik: Polen auf dem Weg zum Euro

Gunter Deuber, Frankfurt/Main

Zusammenfassung

Lange war die Einführung des Euro in Polen ein politisch wenig beliebtes Thema. Daher wurden die ökonomischen Chancen und Risiken der Einführung wie auch die Risiken eines zu raschen Beitritts zur Eurozone kaum diskutiert. Im September wurde die Euroeinführung als Ziel dann politisch deutlich aufgewertet. Von Regierungseite wird derzeit der 1. Januar 2012 als »Arbeitsdatum« für einen Beitritt zur Eurozone genannt. Auch wenn ein Beitritt zu diesem Datum de jure möglich ist, sprechen de facto einige ökonomische Überlegungen sowie Erfahrungen anderer Eurozonen-Mitglieder gegen eine zu rasche Einführung der gemeinsamen europäischen Währung in Polen. Eine Mitgliedschaft zu einem etwas späteren Zeitpunkt würde nicht zu vernachlässigende ökonomische Risiken begrenzen. Dennoch ist es als positiv zu bewerten, dass die aktuelle Regierung klare Schritte eingeleitet hat, um die Bevölkerung mental auf den Euro vorzubereiten, und die Debatte über die Expertenkreise hinaus ausgedehnt hat – zumal die Eurozonen-Mitgliedschaft mittelfristig für Polen von hohem Nutzen sein sollte: Wichtige Indikatoren der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deuten darauf hin, dass Polen mittelfristig dem Wettbewerbsdruck in der EU ohne Ausgleichsinstrument in Form einer eigenen Währung standhalten kann.

Jahrelang hatte die Einführung des Euro in Polen keine Priorität. Die Aversion gegen den Euro war vor allem politisch motiviert. Die Regierungskoalition aus Nationalkonservativen und Rechtspopulisten unter der Ägide der Partei *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)* war sogar ein erklärter Euro-Gegner. Der mit dem Euro einhergehende Souveränitätsverzicht schreckte nationalkonservative Kreise ab. Aber auch die amtierende liberal-konservative Regierungskoalition war zum Amtsantritt vor einem Jahr nur verhalten positiv gegenüber einer Eurozonen-Mitgliedschaft eingestellt. Finanzminister Jan Vincent-Rostowski sprach zunächst von 2015 als realistischem Datum. Vor allem auch bei der Bevölkerung war die Euroeinführung wegen befürchteter Preiserhöhungen lange unpopulär, was den mangelnden politischen Willen teilweise erklärt. Allerdings ist der Attentismus Polens in Bezug auf einen raschen Beitritt zur Eurozone auch aus rein ökonomischer Perspektive verständlich, obgleich Polen seit langem fast alle nominalen Konvergenzkriterien (die sog. Maastricht-Kriterien) zur Einführung des Euro erfüllt bzw. sie mit Leichtigkeit erfüllen könnte. Von polnischen und ausländischen Ökonomen wird allerdings zu Recht der geringe Stand der realwirtschaftlichen Konvergenz als Hindernis für einen schnellen Beitritt diskutiert. Zum Jahresende soll die Polnische Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP) einen detaillierten Bericht über die Auswirkungen der Euroeinführung in Polen vorlegen.

Umso mehr überrascht es, dass das Ziel, den Euro einzuführen, schon im September dieses Jahres poli-

tisch deutlich aufgewertet wurde. Ministerpräsident Donald Tusk verkündete öffentlichkeitswirksam und ohne publik gewordene Koordination mit anderen relevanten Akteuren im Vorfeld, man wolle in Polen 2011 Euro-Beitrittsreife erlangen. Eine gewisse Abstimmung mit dem Finanzministerium gab es aber offenbar. Es sei daran erinnert, dass Finanzminister Rostowski sich in der Vergangenheit als Euro-Verfechter hervortat. In den Jahren 1999 bis 2001 erreichte er dabei zweifelhafte Prominenz. Lange vor Finalisierung des Beitritts zur Europäischen Union sprach er sich für eine einseitige »Euroisierung« in Polen aus, d.h. ohne Absprache mit der Europäischen Zentralbank (EZB) und Brüsseler Institutionen. Mit dem Zieldatum 2011 erreichte Ministerpräsident Tusk die mediale Öffentlichkeit. Dieses fast provokante Datum liegt vor jedem realistischen Zeitplan. Dennoch wurde es am internationalen Finanzmarkt zunächst positiv aufgenommen; der Złoty und inländische Staatsanleihen mit langen Laufzeiten verzeichneten direkt danach starke Zugewinne. Die jüngsten Entwicklungen zeigen klar: Die aktuelle Regierung strebt einen raschen Beitritt zur Eurozone an.

Rein technisch gesprochen wäre eine Euroeinführung frühestens Mitte 2011 möglich, und dies auch nur, wenn sofort alle Hebel in Bewegung gesetzt würden. Der Beitritt zum Europäischen Wechselkursmechanismus II (WKM II), »dem Warteraum« oder »Fegefeuer« für die Eurozone, müsste quasi sofort, jedoch spätestens zum Jahreswechsel oder im ersten Quartal 2009 erfolgen. Der WKM II erfordert eine Teilnahme an einem relativ stabilen Festkursregime zum Euro über einen Zeit-

raum von mindestens (!) zwei Jahren. Die Teilnahme am WKM II gilt als finaler Test, inwieweit ein Kandidat reif ist, ohne größere Wechselkursspannungen (also die Vorstufe irreversibler Wechselkurse) und mit einer recht einheitlichen Geldpolitik in die Eurozone aufgenommen zu werden. Mit abschließender Prüfphase durch die europäischen Institutionen nach zwei erfolgreichen Jahren im WKM II könnte die Euroeinführung dann frühestens im Jahresverlauf 2011 erfolgen. Dieses Szenario ist indes unter Berücksichtigung der aktuellen Faktenlage unrealistisch. Die Koordination zwischen den für einen WKM II-Beitritt relevanten polnischen und europäischen Institutionen befindet sich noch in einem frühen Stadium. Die Reaktion auf EU-Ebene in Bezug auf das polnische Vorpreschen fiel verhalten aus, zumal der Vollzug eines Eurozonenbeitritts zum Jahreswechsel (also frühestens zum Jahreswechsel 2011/2012) eine (unausgesprochene) EU-Konvention darstellt.

Nach der medienwirksamen Ankündigung des Zieldatums 2011 hat die Regierung mittlerweile verlauten lassen, dass 2012 eher als realistisches Datum für den Eurobeitritt zu betrachten ist. Aber selbst solch ein Szenario ist ambitioniert, denn auch ein WKM II-Beitritt in der ersten Jahreshälfte 2009 stellt noch keinen Beitritt zum Jahreswechsel 2011/2012 sicher. Auch die Slowakei und Slowenien blieben, inklusive letzter Prüfphase, etwas länger als die mindestens notwendigen zwei Jahre im WKM II. Unter Beachtung der derzeitigen globalen ökonomischen Unsicherheiten erscheint zudem ein WKM II-Beitritt in der zweiten Jahreshälfte 2009 als der frühest ratsame Termin. Bis dahin sollte eine gewisse Klarheit über den Inflationstrend in Polen (auch in Relation zur Eurozone), das Ausmaß der realwirtschaftlichen Schwäche in der Eurozone und auch die polnische Budgetentwicklung vorliegen. In Anbetracht des sich abzeichnenden binnenwirtschaftlichen Abschwungs könnten die Budgetziele unter Druck geraten. Eine hinreichende fiskalische Konsolidierung in Bezug auf die Eurozonen-Mitgliedschaft sollte aber auf ein Budgetdefizit deutlich unter der 3%-Marke (also bei etwa 1–2 % des BIP) abzielen, um sich zukünftige Spielräume im Rahmen europäischer Stabilitätsvorgaben zu sichern.

Des Weiteren werden die EU-Institutionen, v. a. die EZB, gerade bei dem mit Abstand größten ostmitteleuropäischen Beitrittskandidaten zur Eurozone die nachhaltige Erfüllung aller Maastricht-Kriterien sehr genau prüfen. Das bedeutet, dass seitens der EU eine Phase von mehr als zwei Jahren im WKM II erwünscht sein könnte. Vor allem die EZB erweckte in den letzten Jah-

ren den Eindruck, dass sie eher eine spätere Eurozonen-Mitgliedschaft Polens präferiert. Allerdings haben die jüngsten Erfahrungen Sloweniens und vor allem der Slowakei gezeigt, dass die europäischen Institutionen einem Euro-Kandidaten grünes Licht geben, solange er die harten nominalen Maastricht-Kriterien deutlich erfüllt, und zwar auch, wenn die EZB Zweifel an deren nachhaltiger Erfüllung anmeldet.

Abgesehen von diesem technisch-institutionellen Aspekt eines möglichen Beitrittstermins zur Eurozone legt der jüngste polnische Vorstoß weitere Betrachtungsweisen nahe. Sowohl der ökonomische Sinn eines raschen Beitritts als auch nicht-ökonomische Gründe sollen im Folgenden erörtert werden. Es erfolgt zunächst eine währungspolitische und ökonomische Analyse und anschließend eine Betrachtung der politischen Aspekte.

Mittelfristige Vorteile und Risiken

Die Einführung des Euro erscheint für alle EU-Staaten Ostmitteleuropas als sinnvoll und langfristig wohlfahrtssteigernd. Die Transaktionskosten im Handel und durch Währungsrisiken verringern sich, Preise und Wettbewerb werden transparenter. Vor allem wird langfristig die realwirtschaftliche Integration mit Westeuropa gestärkt. Ferner werden sich die langfristigen Zinsen auf Eurozonen-Niveau einpendeln, die Länderrisikoprämie am Finanzmarkt sollte zurückgehen und die geldpolitische und fiskalische Glaubwürdigkeit steigen. Zudem bedingt die relativ hohe Verschuldung polnischer Haushalte in Euro und Schweizer Franken, dass ein Großteil ihrer Zinskosten von dem durch die EZB festgelegten Zinsniveau abhängt (die Schweizer Notenbank orientiert sich trotz de jure geldpolitischer Autonomie in praxi eng an der EZB-Zinssetzung bzw. dem Euro-Franken-Kurs und der Wirtschaftsentwicklung in der Eurozone). Etwa 25 % der Kredite in Polen werden in Fremdwährung aufgenommen. Insofern scheint es sinnvoll, bei der EZB in Frankfurt ein Mitspracherecht zu haben bzw. sich schnell dem Zinszyklus und dem Zinsniveau der Eurozone anzunähern. Ferner könnte das zu lange Festhalten an einem tendenziell aufwertenden Złoty die in nominalen Euro-Beträgen fixierten Zahlungen der Europäischen Union an Polen reduzieren. Insofern besteht für Polen als einem der Hauptprofiteure der EU-Fonds ein gewisses Interesse an einer begrenzten zukünftigen Złoty-Aufwertung, wenn auch dieses Argument im Vergleich zu den anderen skizzierten Argumenten für den Beitritt ein geringeres Gewicht hat.

Die kurzfristigen Gewinne der Euroeinführung werden für die polnische Volkswirtschaft im regiona-

len Vergleich eher niedrig ausfallen. Polens Volkswirtschaft ist aufgrund der eigenen Größe weniger mit Westeuropa verflochten als die kleinen offenen Volkswirtschaften Tschechiens, Ungarns oder der Slowakei bzw. weist einen geringeren Grad an Offenheit – gemessen als Exporte oder Gesamthandelsvolumen des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – auf. Ferner ist die Euroeinführung generell und auch in Polen nicht nur mit deutlichen Gewinnen, sondern auch mit potenziellen Kosten oder Risiken verbunden. Vor allem eine rasche Euroeinführung setzt Polen makroökonomischen Risiken aus. Wenn gemäß einer Übereinkunft von Regierung und Zentralbank 2011 alle Maastricht-Kriterien erfüllt werden sollen, könnte dies einen deutlich restriktiveren geldpolitischen Kurs erfordern als bei geldpolitischer Autonomie. Angesichts der aktuellen Unsicherheiten auf den Finanzmärkten könnte die NBP die polnische Konjunktur auf diese Weise behindern. Zudem würde sich in einer solchen Situation die Differenz der kurzfristigen Zinsen im Vergleich zur Eurozone, wo weitere Zinssenkungen bevorstehen, deutlich vergrößern. Getrieben von diesem Zinsdifferential könnte der Złoty wieder deutlich gegenüber dem Euro aufwerten, auch wenn die Złoty-Niveaus vom Frühjahr 2008 von vielen polnischen Exporteuren als sehr hoch bzw. zu hoch angesehen wurden. Ein solches Szenario würde der polnischen Konjunktur einen weiteren Tiefschlag versetzen, auch wenn dann die Inflation recht schnell zurückgehen würde. Neben den skizzierten binnenwirtschaftlichen Risiken könnte ein so verlaufender Kurs der NBP auch die EZB und Brüsseler EU-Institutionen skeptisch werden lassen, was die nachhaltige makroökonomische Stabilität in Polen (inklusive der nachhaltigen Konvergenz der Inflation auf Eurozonen-Niveau) angeht. Ferner könnten die Handelsbeziehungen zu den Nachbarstaaten Tschechien und Ungarn unter einer zu frühen und unkoordinierten Euroeinführung leiden, denn deren Währungen sollten tendenziell weiter gegenüber dem Euro aufwerten, falls beide Länder nachhaltig zur Eurozone konvergieren, aber nicht rasch beitreten und ihre nationalen Währungen noch behalten.

Bei einem zu frühen Eurozonenbeitritt sind aber vor allem die Risiken zu erwähnen, die sich aus einem Beitritt ohne hinreichende strukturelle Voraussetzungen ergeben. Ohne eine strukturelle Tiefenreformierung erhöht sich für ein Eurozonen-Mitglied nämlich die Anfälligkeit für asymmetrische ökonomische Schocks und steigende mikro- und makroökonomische Ungleichgewichte bzw. es vergrößert sich das Risiko einer sinkenden internationalen Wettbewerbsfähigkeit (wie in Italien oder Portugal nach dem Beitritt zur Eurozone zu beob-

achten war). In diesem Kontext ist zu beachten, dass der Maastricht-Vertrag explizit »nur« nominale Kriterien der Beitrittsreife formuliert. Unverkennbare Unterschiede im Lebensstandard und Preisniveau der Eurozonen-Länder und Euro-Kandidaten werden nicht direkt berücksichtigt. Der Maastrichter Vertrag weicht somit der für Ostmitteleuropa relevanten Frage nach dem notwendigen Stand des realwirtschaftlichen Aufholprozesses in Bezug auf die Eurozonenreife aus. Er überlässt diese Entscheidung mehr oder weniger dem Kandidaten oder einer kritischen Einzelfallprüfung durch die EZB und die EU-Institutionen.

Das Wohlstands- und Preisniveau in Polen ist derzeit deutlich unter dem Durchschnitt der Eurozone und auch unter dem Niveau der bisherigen Beitrittsländer oder anderer (potenzieller) ostmitteleuropäischer Kandidaten. Die reale wirtschaftliche Konvergenz in Polen ist also trotz Erfüllung der nominalen Maastricht-Kriterien niedrig. Folglich müssen die Preise und Löhne in Polen auf lange Sicht viel stärker als in der Eurozone steigen. Solch ein Aufholprozess der realen Konvergenz gestaltet sich für ein Nicht-Mitglied des Währungsblocks leichter, denn dann kann ein Teil der Preisniveaueinstellung durch eine kontinuierliche und realwirtschaftlich untermauerte Aufwertung der Währung – bei hinreichender makroökonomischer Stabilität wie sie in der Vergangenheit bestand – ausgeglichen werden. So ist also durch die Aufwertung der eigenen Währung ein Gleichklang zwischen nominaler und realer Konvergenz möglich. Ansonsten – also in einem Festkurssystem wie dem des Euro – werden Preisniveaueinstellungen eins zu eins durch eine recht hohe Inflation vollzogen. Eine strukturell deutlich über anderen Eurozonen-Mitgliedern liegende Inflation würde aber die internationale Wettbewerbsfähigkeit der polnischen Wirtschaft untergraben. Gerade für Polen liegt es auf der Hand, zunächst die mittelfristigen Erfahrungen in der Slowakei genau zu studieren. Die Slowakei wird zum 1.1.2009 als bisher ärmstes Beitrittsland (aber mit einem noch über Polen liegenden Wohlstands- und Preisniveau) den Euro einführen und könnte danach unter einem Anstieg der Inflation leiden, da auch das Preisniveau langfristig zum Eurozonen-Niveau konvergieren wird. Zu beachten ist dabei, dass die Strukturreformpolitik in der Slowakei in den letzten Jahren deutlich erfolgreicher war als in Polen und so einem Inflationsdruck entgegenwirkt. Der mit den notwendigen realwirtschaftlichen Aufholprozessen verbundene Inflationsdruck sollte von den Eurozonen-Beitrittsländern nicht unterschätzt werden und ein Beitritt zur Eurozone wegen der Festkursproblematik nicht zu früh angestrebt werden. Ändern-

falls würde die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft leiden und eine lang anhaltende Stagnation ohne die Option, die eigene Währung abwerfen zu können, drohen.

Um sich dem Wohlstandsniveau der Eurozone anzunähern, wird Polen noch lange höhere Wachstumsraten als die Kernländer der Eurozone (die per definitionem die Geldpolitik der EZB dominieren) benötigen. Hohe Wachstumsraten könnten auch ein höheres Zinsniveau erforderlich machen, um eine konjunkturelle Überhitzung zu verhindern. Somit könnte eine eigenständige Zinspolitik für Polen mittelfristig im eigenen Interesse liegen bzw. würde ein zu rascher Eurozonenbeitritt eine notwendige geldpolitische Autonomie zu früh beenden.

Rein ökonomisch gesehen ist die Euroeinführung in Polen differenziert zu bewerten. Es gibt einige kaum abschätzbare Risiken, vor allem bei Voreiligkeit, einige schwer abschätzbare Vorteile, aber eben auch klare langfristige Vorteile. Jedenfalls sollten die Risiken eines verfrühten Eurozonenbeitritts, bei zu enger Fokussierung auf nominale Kriterien, nicht unterschätzt werden. Für den Erfolg eines Neumitglieds in der Eurozone (und einen Erfolg der Eurozone selbst) ist entscheidend, dass der Kandidat hinreichend vorbereitet ist. Die Lösung von Problemen, seien sie struktureller oder fiskalischer Art, auf einen Zeitpunkt nach dem Beitritt zu verschieben, ist nicht sinnvoll. Die Erfahrung lehrt, dass dann das Reformmoment fehlt. Rein ökonomisch erscheint eine weniger aggressive und doch klare Eurobeitrittsstrategie mit einem Zeitrahmen von etwa fünf bis sechs Jahren ab 2009 für Polen am ausgewogensten hinsichtlich der Chancen und Risiken. In dieser Zeit könnte die realwirtschaftliche Integration in die Eurozone weiter erhöht und das Wohlstandsniveau näher an die Eurozone herangeführt werden. Gleichzeitig sollte die Strukturreformpolitik vorangetrieben werden und damit der polnische Arbeitsmarkt flexibler in Bezug auf Qualifikationen, Löhne und geographische Mobilität gestaltet werden, zumal Polen mit einer klaren Beitrittsperspektive auch als Nicht-Mitglied wie bisher von der ökonomischen Dynamik und Anziehungskraft der Eurozone profitieren kann. Die aus ökonomischer Sicht eher schwache Performanz der italienischen und portugiesischen Volkswirtschaft nach dem Eurozonenbeitritt, bei zuvor unterbliebener Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit im Beitrittszeitfenster, sollte Polen eine Warnung sein.

Abschließend ist zu erwähnen, dass selbst ein Beitritt zum WKM II erst erfolgen sollte, wenn alle technischen Fragen (inklusive möglicher Verfassungsrefor-

men bezüglich des Status der NBP) abschließend geklärt sind. Einen Beitritt zum WKM II sollte Polen erst vollziehen, wenn eine Zweidrittelmehrheit im Parlament für eine notwendige Verfassungsänderung gesichert ist, damit die Wartezeit im WKM II möglichst kurz und spannungsfrei verläuft (die Regierungskoalition allein verfügt über diese Mehrheit nicht). Im Falle Polens hat das Argument der Spannungsfreiheit besonderes Gewicht, denn Unsicherheiten oder eine zu lange Zeit im WKM II wären verglichen mit Slowenien oder der Slowakei eine Enttäuschung und würden nicht zuletzt die Gefahr spekulativer Attacken auf den Złoty mit möglichen negativen realwirtschaftlichen Folgen deutlich erhöhen. Der WKM II ist nur solange ein stabilisierender Faktor, wie es einen glaubwürdigen Beitrittsfahrplan gibt und die Aussicht besteht, die Maastricht-Kriterien zu erfüllen. Ansonsten würde der Mechanismus mit seinen Interventionspflichten und seiner impliziten Anbindung an die Zinspolitik der EZB zu spekulativen Aktivitäten einladen – falls es einen entsprechend liquiden Markt gibt. Der Złoty bietet viel Potenzial für spekulative Attacken, es könnten erhebliche Interventionssummen erforderlich sein. Der Handel im Złoty ist der volumenstärkste Währungsmarkt in Ostmitteleuropa. Außerdem gibt es im Złoty auch einen liquiden und in die Zukunft gerichteten so genannten Forwardmarkt, der die spekulative Positionierung ermöglicht, zumal Erfahrungen am internationalen Finanzmarkt zeigen, dass Sanktionen in Form von spekulativ verstärktem Verkaufsdruck auf einem Währungs- oder Zinsmarkt meist erst spät bzw. zu spät einsetzen können. Dann aber droht die Gefahr des spekulativen Überschießens.

Politisch gewollter Euro

Angesichts der nicht zu vernachlässigenden ökonomischen Risiken einer raschen Euroeinführung und der bisherigen Zögerlichkeit polnischer Politiker, diese anzugehen, stellt sich die Frage: Gibt es besondere Gründe für den derzeitigen Aktivismus? Die jüngste Beschleunigung weist eine klare (innen-)politische Komponente auf.

Erstens war die Regierungskoalition unter der Ägide der liberalen *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) bis dato bei der Umsetzung ihrer ehrgeizigen wirtschaftspolitischen Reformagenda (oder besser ihrer Absichtserklärungen zum Amtsantritt vor einem Jahr) wenig erfolgreich. Bis 2015 sollte Polen zu den zehn am weitesten entwickelten EU-Ländern gehören. Kern dieses Aufholprozesses sollten eine bisher unterbliebene gravierende Reform des Steuersystems und eine bis jetzt

nicht erkennbare Beschleunigung der stockenden Privatisierung sein. Mit der nun angegangenen Euroeinführung wird zumindest ein Reformschritt im wirtschaftspolitischen Handlungsfeld gesetzt.

Zweitens scheinen sich der Ministerpräsident wie auch die *PO* schon für die Präsidentenwahl im Herbst 2010 und die Parlamentswahlen im Herbst 2011 zu positionieren und zugleich weiter mit der *PiS* abrechnen zu wollen. Ein klares Zusteuern auf die Eurozonen-Mitgliedschaft könnte besonders der *PO* vor dem Hintergrund ihres Wählerpotenzials zugutekommen. Sie ist vor allem im reicheren, wirtschaftlich erfolgreichen Westpolen verankert. Zudem hat sie den größten Wähleranteil bei der eher europhilen Wählerschaft der unter 25-Jährigen. Ferner sind führende polnische Wirtschaftsvertreter gegenüber der Euroeinführung eher positiv eingestellt. Somit passen die aktuellen Euro-Aspirationen der *PO* zu ihrer gewollt wirtschaftsliberalen Positionierung. Im Zuge solcher polit-taktischen Überlegungen muss außerdem Folgendes beachtet werden: Die Regierung ist mit der NBP übereingekommen, dass alle Maastricht-Kriterien 2011 erfüllt sein sollen. Ein endgültiges Einverständnis der NBP zu einer Euroeinführung 2011 oder 2012 gibt es aber (noch) nicht. In praxi wird bei der Euroeinführung viel von der NBP abhängen. Sollte es die Zentralbank nicht schaffen, etwa die Inflationskriterien zu erfüllen, wäre sie der Sündenbock. Dies käme der *PO* wohl nicht ungelegen. Der aktuelle Präsident der NBP, Sławomir Skrzypek, ist ein langjähriger Mitstreiter der *PiS*. Seine politisch motivierte Nominierung im Jahr 2006 wurde in akademischen und politischen Kreisen eher kritisch aufgenommen, was seine Qualifikationen und vor allem seine politisch motivierten öffentlichen Statements betraf. Unlängst mischte Skrzypek sich wieder durch Äußerungen zur vermeintlichen Reformuntätigkeit der *PO*-Regierung in die politische Debatte ein. Die EZB steht einer politisch agierenden NBP kritisch gegenüber und warnt beständig, dass politische Angriffe auf Notenbankpräsidenten – in Ostmitteleuropa – als besorgniserregende Indizien in Bezug auf die Unabhängigkeit der Zentralbanken zu werten sind.

Auf jeden Fall hat Ministerpräsident Tusk mit der überraschend ausgelösten Eurodebatte alle politischen Trümpfe in der Hand, zumal sich derzeit eine von der *PO* wohl klar gewollte innenpolitische Zuspitzung abzeichnet. Europaskeptische Kreise, inklusive dem ehemaligen Ministerpräsidenten Jarosław Kaczyński, haben ihre Agitation gegen einen raschen Eurozonenbeitritt wieder aufgenommen. Als unmittelbare Reaktion auf das Ziel 2011/2012 der *PO*, erklärte die *PiS*, eine Euroeinführung zu diesem Zeitpunkt sei viel zu früh. Man könne

über 2016 oder 2018 nachdenken, vielleicht auch 2020 bis 2025. Die *PiS* fordert schon seit längerem ein Referendum über die Euroeinführung. Einem Referendum steht auch die aktuelle Regierung immer positiver gegenüber, eventuell soll es bereits im Frühjahr 2009 durchgeführt werden. Schon mit der vermeintlichen Notwendigkeit eines Referendums, unabhängig vom Ausgang, könnte die *PO* der *PiS* und dem Staatspräsidenten den Schwarzen Peter ewiger Blockade zuschieben. Zugleich könnte die *PO* die Zeit um das Referendum nutzen, um auf eine Mehrheit für die notwendigen Verfassungsänderungen hinzuarbeiten.

Drittens haben die jüngsten geopolitischen Spannungen mit Russland dem politischen Willen in Polen zur Integration in Europa (inklusive der Eurozone) Auftrieb gegeben. Mit einem Beitritt zum Euro wäre Polen Mitglied eines global wichtigen Währungsraums, hätte in der Eurozone dann ein Mitwirkungsrecht und könnte qualifizierte Ansichten und Beiträge zu einer angemessenen Geldpolitik liefern. Des Weiteren hat die aktuelle globale Finanzmarktkrise auch in anderen Nicht-Eurozonen Ländern wie Dänemark, Schweden oder Ungarn zu einem Umdenken der politischen Elite und Bevölkerung in Bezug auf den Sinn einer Eurozonen-Mitgliedschaft geführt. Überall wird der Euro nun deutlich positiver bewertet. Ferner könnte eine klare Eurozonen-Strategie Polens dem Land eine gewisse Führungsrolle unter den Visegrád-Staaten einbringen.

Die politische Einbettung der jüngsten Eurodebatte in Polen legt aber auch ganz klar den Schluss nahe: Sollten zu starke und vor allem unpopuläre Anstrengungen zur Erreichung der Maastricht-Kriterien (etwa bezüglich des Fiskaldefizits) erforderlich sein, so könnte das Ziel der raschen Euroeinführung auch schnell wieder in den Hintergrund treten.

Reflexionen über die Tagespolitik hinaus

Insgesamt wird eine zukünftige Euroeinführung in Polen die Vertiefung der ökonomischen Integration mit Europa fördern, unabhängig vom konkreten Beitrittsdatum und detaillierten Kosten- und Nutzenüberlegungen. Angesichts der hier skizzierten Argumente ist es aber empfehlenswert, dass Polen eher etwas später und nicht so früh wie de jure möglich der Eurozone beitrifft. Vor allem der immer noch relativ geringe Stand der realwirtschaftlichen Konvergenz und die recht geringe Integration mit der Eurozone legen weniger Hektik in Bezug auf eine frühe Euroeinführung nahe, zumal Polen in den vergangenen Jahren einen strukturell gesünderen Wachstumspfad als manche andere ostmitteleuropäische Volkswirtschaft beschritten hat

und über gute Wachstumsaussichten verfügt. Je mehr sich Polen dann bezüglich realwirtschaftlicher Indikatoren in Relation zur Eurozone selbstständig verbessert, desto mehr sollte mittelfristig und ökonomisch begründet eine Eurozonen-Mitgliedschaft angestrebt werden. Ein Eurozonenbeitritt um 2015 wäre unter Berücksichtigung der Risiken eines zu frühen Beitrittes per se nicht als negativ zu beurteilen; auch eine klare, aber nicht zu schnelle Euroeinführung kann eine Win-Win-Strategie für die aktuelle Regierung bedeuten. Zu lange sollte Polen indes auch nicht mit der Euroeinführung warten (zum Beispiel nicht bis 2025, wie im politischen Diskurs lax vorgeschlagen wurde), denn langfristig wird die Erfüllung der Maastricht-Kriterien für Polen durch die Überalterung seiner Gesellschaft und die daraus resultierenden fiskalischen Belastungen eher schwieriger als einfacher.

Auf jeden Fall ist es als sehr positiv zu bewerten, dass die polnische Regierung die bisher klarsten Schritte eingeleitet hat, um das Land mental auf die Euroeinführung vorzubereiten, und die Debatte über die engen Expertenkreise hinaus ausgeweitet hat. Dies erfordert einen gewissen politischen Mut, da die Formulierung einer konkreten Beitrittsstrategie und ein WKM II-Beitritt Pfadabhängigkeiten in Richtung Eurozone – unab-

hängig von unsicheren zukünftigen politischen Konstellationen – schaffen werden. Wenn der Beitrittsprozess weiter fortschreitet, wird zudem die derzeit nicht zu vernachlässigende innenpolitische Komponente in Bezug auf die Sachfrage unwichtiger. Nach der Euroeinführung sollte diese dann ganz in Vergessenheit geraten – vorausgesetzt, Polen ist strukturell hinreichend vorbereitet, um mögliche negative Beitrittschocks à la Italien oder Portugal zu vermeiden. Andernfalls könnte ein wenig erfolgreicher Eurozonenbeitritt in der polarisierten politischen Landschaft Polens noch für längere Zeit ein Thema bleiben und eine »Złoty-Nostalgie« oder gar Forderungen nach einem Eurozonenaustritt fördern. Gerade im euroskeptischen Deutschland hat letzten Endes nur der Erfolg des Euro sowie der relative wirtschaftliche Erfolg des Eurozonen-Mitglieds Deutschland in Europa eine noch stärkere Nostalgie nach der alten D-Mark verhindert. Derzeit sieht es indes nicht danach aus, dass es in Polen nach einem Eurobeitritt in einem angemessenen Zeitfenster zu nostalgiefördernden negativen Effekten kommt. Wichtige Indikatoren der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deuten darauf hin, dass Polen mittelfristig dem Wettbewerbsdruck in der Eurozone – eben ohne Ausgleichsinstrument einer eigenen Währung – standhalten kann.

Die in diesem Beitrag vorgebrachten Standpunkte repräsentieren Ansichten des Verfassers, diejenigen erwähnter Institutionen nicht notwendigerweise.

Über den Autor

Gunter Deuber, ausgebildeter Ökonom (und Philosoph), ist bei Deutsche Bank Research in Frankfurt/M. tätig, wo er in der Abteilung Global Risk Analysis für Potenzial- und Risikoanalysen der aufstrebenden Volkswirtschaften Osteuropas zuständig ist.

Dokumentation

Presseerklärungen zur Einführung des Euro

Presseerklärung zum Treffen zwischen Ministerpräsident Donald Tusk und dem PiS-Vorsitzenden Jarosław Kaczyński zur Einführung des Euro in Polen

Warschau, 27.10.2008

Der Zeitplan zur Einführung des Euro in Polen, die Aktivitäten der Regierung im Zusammenhang mit der weltweiten Finanzkrise sowie der Haushaltsentwurf waren die Hauptthemen des Treffens von Ministerpräsident Donald Tusk mit dem Vorsitzenden von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński.

Nach dem Treffen teilte Donald Tusk mit, dass die Regierung einen Fahrplan für den Beitritt Polens zur Eurozone vorbereitet habe. Dieser solle am Dienstag auf der Sitzung des Ministerrats verabschiedet und anschließend Staats-

präsident Lech Kaczyński im Kabinettsrat vorgestellt werden. Auf eine Frage hin sagte der Ministerpräsident, dass es zwischen ihm und Jarosław Kaczyński eine deutliche Meinungsverschiedenheit gebe, was den Termin des Beitritts zur neuen Währung angehe. »Der Vorsitzende der PiS, Kaczyński, informierte mich, dass er und seine Partei an einem späteren Termin für die Annahme des Euro interessiert seien. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass PiS nicht an einer Unterstützung für den schnelleren Weg der Regierung, d.h. Ende 2011, interessiert ist«, sagte der Regierungschef.

Der Ministerpräsident gab des Weiteren bekannt, dass er sich in nächster Zeit mit den Vorsitzenden aller Fraktionen wegen des Beitritts unseres Landes zur Eurozone treffen wolle. Er fügte hinzu, dass er die Durchführung, die in dem von der Regierung vorbereiteten Fahrplan dargelegt wird, empfehlen werde. Seiner Einschätzung nach könne es noch in dieser Woche zu einem Treffen kommen.

Der Vorsitzende des Ministerrats hob außerdem hervor, dass er und Jarosław Kaczyński überzeugt seien, dass Polen in der Lage sei, den Folgen der weltweiten Finanzkrise standzuhalten. »In einer nicht optimalen Situation für die Region, den Kontinent und die Welt ist Polen ein stabiler Staat. Unser Bankensystem und unsere Ersparnisse sind in einer guten Verfassung«, versicherte Donald Tusk. Er fügte hinzu, dass die Regierung Instrumente vorbereite, die nötigenfalls Garantien für den Kreditverkehr zwischen den Banken ermöglichen. Er stellte jedoch heraus, dass die Regierung in dieser Angelegenheit sehr vorsichtig sein werde, da es vor allem ihre Aufgabe sei, die Sicherheit für die Bankanlagen der Bürger zu garantieren.

Wie Donald Tusk mitteilte, ging aus dem Treffen mit dem Vorsitzenden von PiS hervor, dass PiS eine andere Meinung als die Regierung zum Haushalt des kommenden Jahres habe und für eine Vergrößerung des Defizits sei. Er zeigte sich aber überzeugt, dass Polen gerade aufgrund seiner im Vergleich zu anderen Ländern stabilen Situation den Aufgaben gewachsen sein werde, die in den Haushaltsentwurf Eingang fanden.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: »Harmonogram wprowadzenia euro tematem rozmowy premiera z prezesem PiS« [Der Zeitplan der Euroeinführung ist Gesprächsthema zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Vorsitzenden der PiS], Warszawa, 27.10.2008, www.premier.gov.pl (abgerufen am 28.10.2008).

Presseerklärung zur Beratung des Kabinettsrats zur Einführung des Euro in Polen

Warschau, 28.10. 2008

Am 28. Oktober 2008 fand im Präsidentenpalast die Sitzung des Kabinettsrats (Rada Gabinetowa) statt, der sich mit der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation befasste.

Nach der Beratung sagte Staatspräsident Lech Kaczyński, dass sich die Gespräche auf die Mittel konzentriert hätten, die Polen vor der Krise bewahren sollen, wobei es gegenwärtig aber in unserem Land keine Krise gäbe. Er unterstrich, dass das Finanzsystem in Polen stabil sei. Darüber hinaus kündigte er an, dass er im Dezember eine weitere Sitzung des Kabinettsrats anberaumen werde, die sich dem Haushaltsentwurf für 2009 widmen werde. Dabei schloss er auch nicht aus, dass auf der Sitzung auch der Beitritt Polens zur Eurozone besprochen werde. Dieses Thema wurde auch heute angesprochen. Der Staatspräsident sagte, der Euro solle Gegenstand einer Diskussion werden, in der alle Argumente gehört werden sollen. Er fügte hinzu, dass er für die Perspektive sei, in unserem Land die gemeinsame Währung einzuführen, da dies die Lage stabilisiere und ein wichtiges Signal für die Partner Polens wäre. Zusammenfassend unterstrich er die sehr gute Atmosphäre des Treffens und die Sachlichkeit der Diskussion.

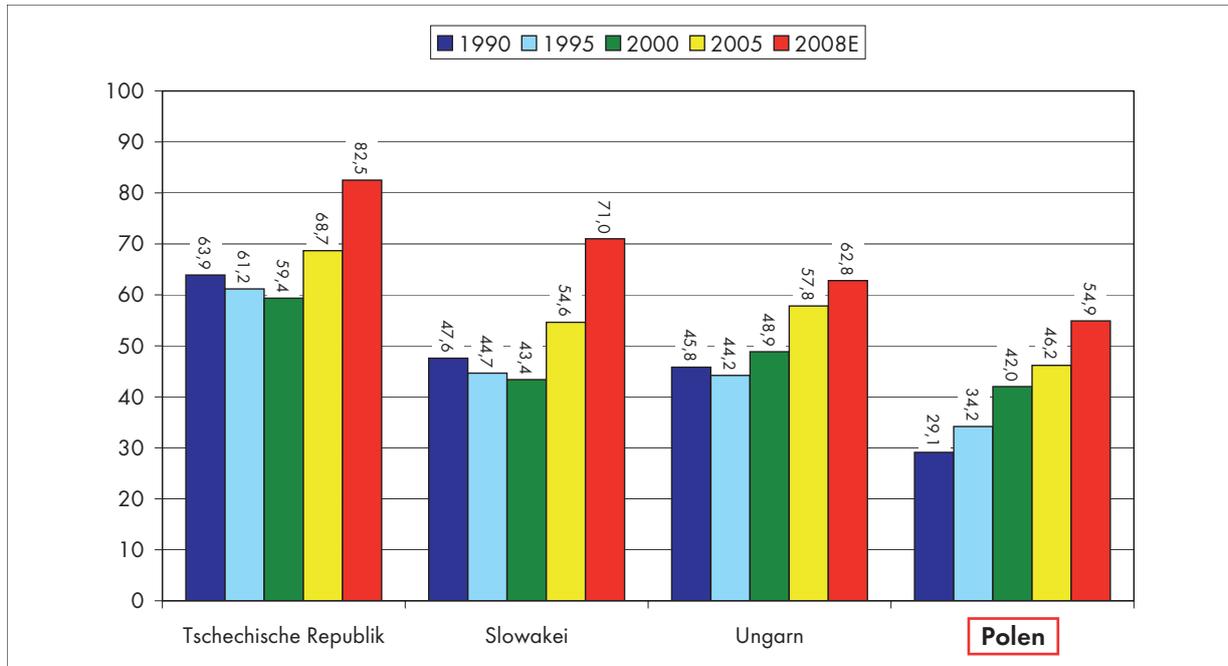
Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Euro powinno być przedmiotem dyskusji [Der Euro sollte Diskussionsgegenstand sein], Warszawa, 28.10. 2008, www.prezydent.pl (abgerufen am 31.10.2008).

Grafiken

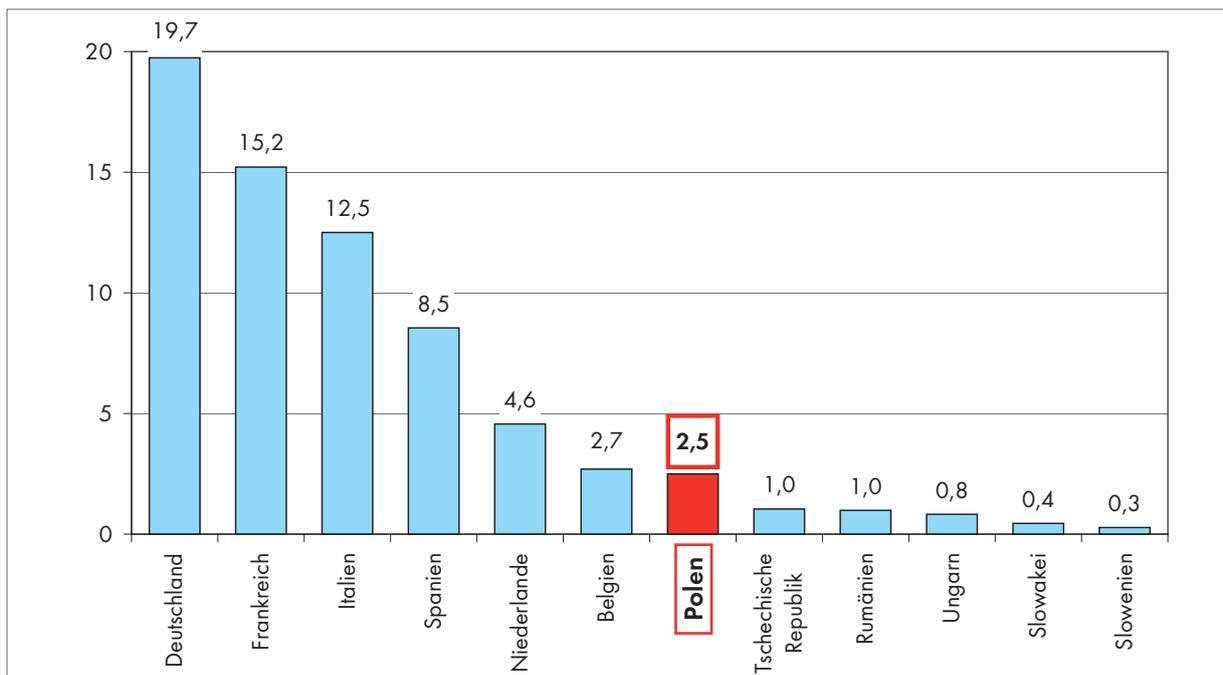
Wirtschafts- und Finanzindikatoren für Ostmitteleuropa

BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten in % des EU27-Durchschnitts (EU27 = 100)



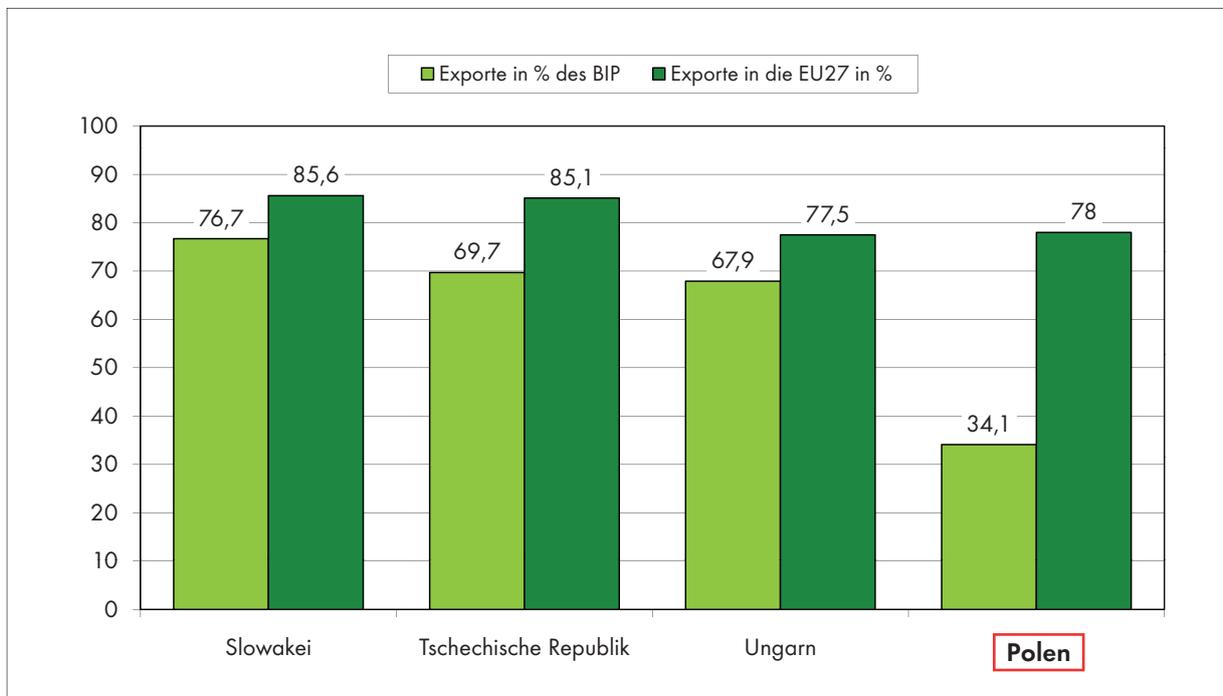
Quelle: Eurostat, Deutsche Bank Research

Anteil am BIP der EU27 (2007) in %



Quelle: Eurostat, Deutsche Bank Research

Export in Ostmitteleuropa (2007)



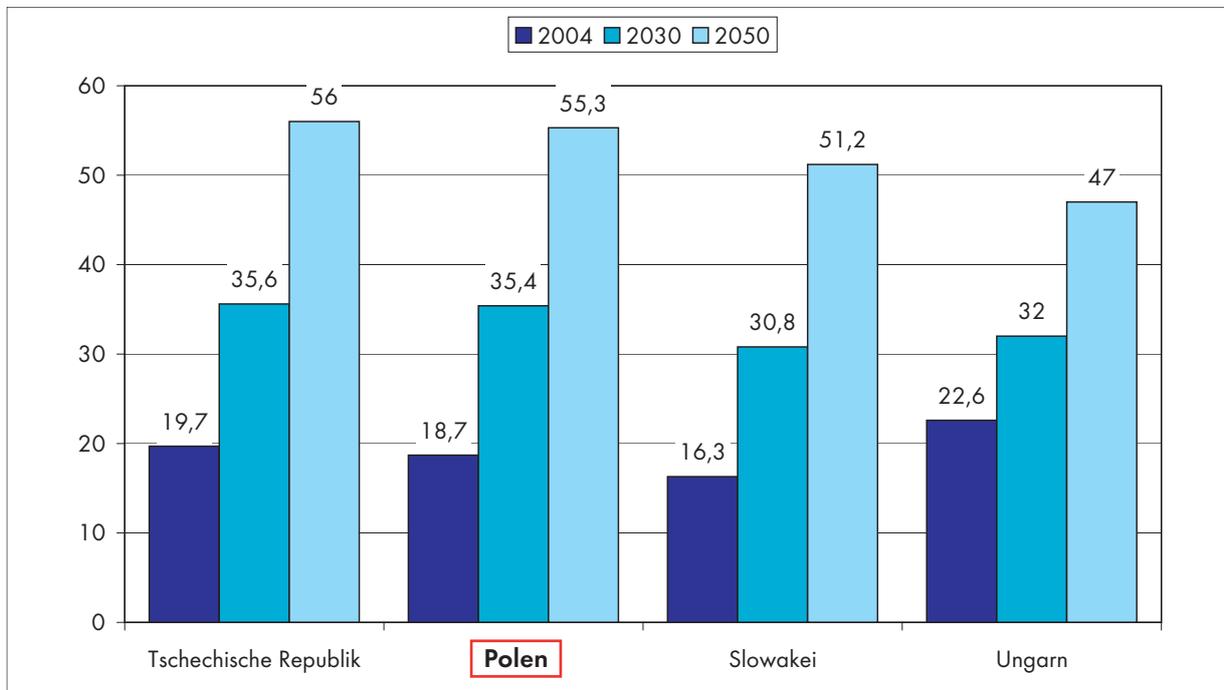
Quelle: Nationale Statistiken, Deutsche Bank Research

Öffentlicher Schuldenstand Ostmitteleuropa (2007) in % des BIP



Quelle: Eurostat

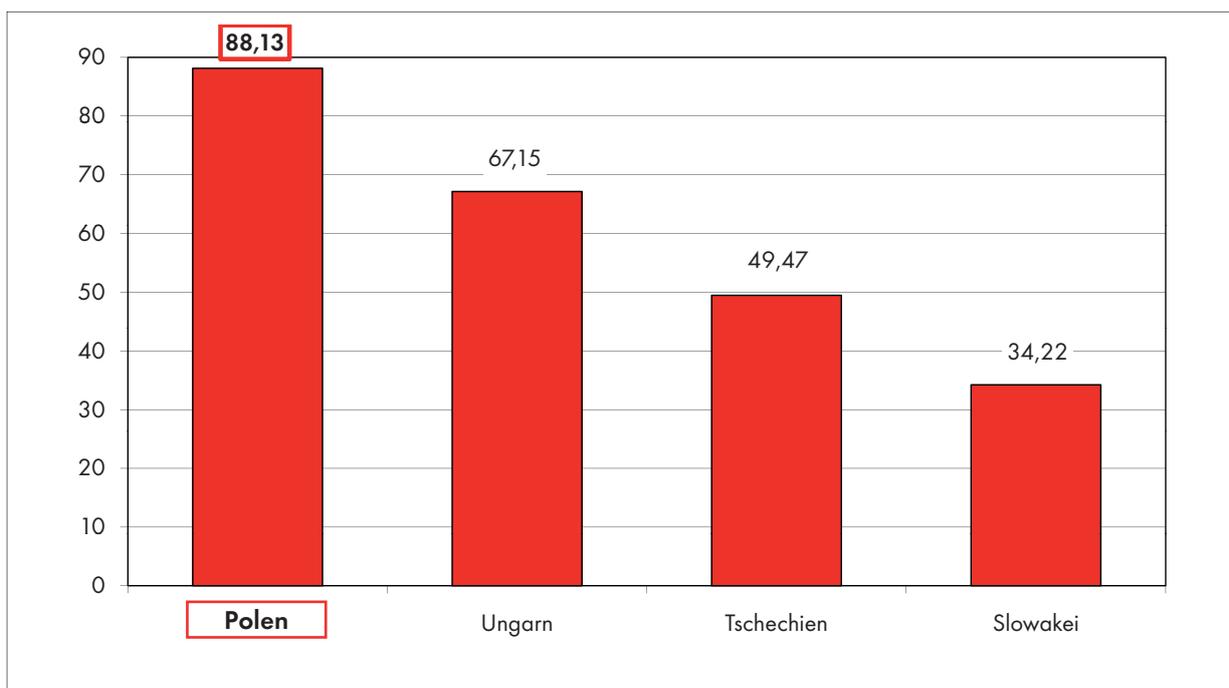
Zunehmende Risiken der Überalterung in Ostmitteleuropa, Altersabhängigkeitsquotient in %



Anmerkung: Altersabhängigkeitsquotient als Relation des Anteils der Bevölkerung über 65 zu dem Anteil der Bevölkerung zwischen 15–64

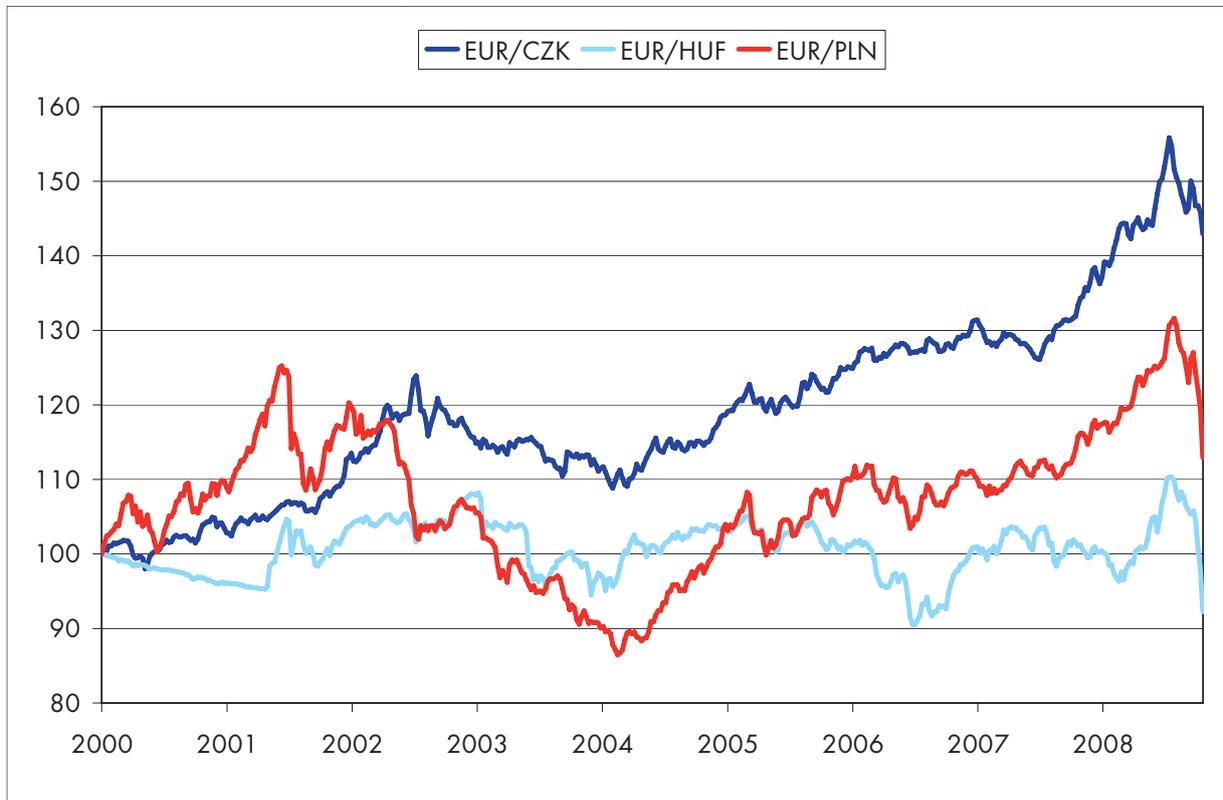
Quelle: Europäische Kommission

Durchschnittliche Tagesumsätze am Devisenmarkt (2007) in Mrd. US-Dollar



Quelle: IMF, Deutsche Bank Research

Ostmitteleuropäische Währungen indexiert, Januar 2000 = 100



Anm.: CZK = tschechische Krone, HUF = ungarischer Forint, PLN = polnischer Złoty

Chronik

Vom 21. Oktober bis zum 03. November 2008

21.10.2008	Im Rahmen der Gesundheitsreform verabschiedet der Sejm das Gesetz zur obligatorischen Umwandlung der Krankenhäuser in Kapitalgesellschaften auf der Grundlage des Handelsrechts, deren Kapital den Selbstverwaltungen unterstellt wird. Staatspräsident Lech Kaczyński hatte sich in der vergangenen Woche gegen diese Reform ausgesprochen und die Möglichkeit eines Referendums erwogen.
22.10.2008	Auf seiner viertägigen Chinareise trifft sich Ministerpräsident Donald Tusk mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao und dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei, Hu Jintao, sowie mit Wirtschaftsvertretern, um chinesische Investitionen in Polen, u.a. im Rahmen der Fußball-Europameisterschaft EURO 2012, anzuregen. Vor der Reise hatte Tusk zu verstehen gegeben, dass die Menschenrechtsfrage in China nicht thematisiert werden sollte; beide Länder hätten ihre eigenen Ansichten, wie das Verhältnis von Staat und Bürgern aussehen solle. Im August hatte Tusk wegen der Ereignisse in Tibet nicht an der Eröffnungsfeier der Olympiade in Peking teilgenommen. Der stellvertretende Außenminister Ryszard Schnepf bezeichnet die Gespräche mit der chinesischen Führung als Erfolg der polnischen Diplomatie. Alle 40 Teilnehmer des diese Woche in Peking stattfindenden Asien-Europa-Gipfels hätten sich um solche Begegnungen bemüht, China hätte sechs davon ausgewählt, darunter Polen.
23.10.2008	Auf Antrag der Staatsanwaltschaft entbindet Ministerpräsident Donald Tusk Regierungsbeamte von der Schweigepflicht, um Ermittlungen zu ermöglichen, ob die USA in den Jahren 2002–2005 in Polen illegal Terroristen festgehalten haben. Angehört werden sollen u.a. die ehemaligen Ministerpräsidenten Leszek Miller, Marek Belka, Kazimierz Marcinkiewicz und Jarosław Kaczyński.

24.10.2008	Der Sejm lehnt ein Gesetzesprojekt von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) zur Rentenkürzung für ehemalige Funktionäre der Geheimdienste der Volksrepublik ab. Danach sollten die Betroffenen die Mindestrente bzw. für die Dienstzeit vor 1957 keine Rente erhalten. Der Entwurf sah auch vor, dass ehemalige Geheimdienstoffiziere der Volksrepublik maximal zehn Jahre lang öffentliche Ämter bekleiden dürfen. Der vom Sejm in die Ausschüsse weitergeleitete Gesetzesentwurf der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) sieht vor, die Renten der Geheimdienstfunktionäre der Volksrepublik niedriger als derzeit zu berechnen: Nach Einschätzungen der PO wären ca. 30.000 Personen betroffen, deren Rentenbezüge sich von 2010 an um ca. 600 Mio. Złoty jährlich verringern würden. Diese Summe solle den Opfern der Volksrepublik zugute kommen.
24.10.2008	Auf einer Pressekonferenz während des Asien-Europa-Gipfels betont Ministerpräsident Donald Tusk, dass die gegenwärtige weltweite Finanzkrise nicht dazu verleiten dürfe, die Arbeit am neuen Klimavertrag, der sich an das 2012 ablaufende Kyoto-Protokoll anschließen soll, zu vernachlässigen. Polen, Dänemark und Indonesien arbeiteten den neuen Vertrag aus. Der Vertrag müsse aber so formuliert werden, dass er die wirtschaftliche Entwicklung derjenigen Länder nicht gefährde, die auf die Energieversorgung v.a. durch Kohlekraftwerke angewiesen seien. Dazu gehöre auch Polen, dessen Energie zu ca. 95 % aus fossilen Brennstoffen stamme. Mit dem südkoreanischen Staatspräsidenten Lee Myung-bak hatte Tusk am Vortag über Hilfe beim Bau von Atomkraftwerken gesprochen.
26.10.2008	In einem Interview für den Fernsehsender CNN zeigt sich Außenminister Radosław Sikorski besorgt über die Erhöhung der Militärausgaben Russlands. Russland strebe nicht mehr das westliche Gesellschaftsmodell an, sondern forciere die innere Integration gegen Bedrohungen von außen. Polen sei sensibel für diese Veränderungen, da es nicht nur der östlichste Nato-Partner sei, sondern auch mit Russland in engen wirtschaftlichen Verbindungen stehe. Eine Ära der Konfrontation läge daher in niemandes Interesse.
27.10.2008	Nach einem Treffen mit dem Vorsitzenden der Oppositionspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, teilt Ministerpräsident Donald Tusk mit, dass die Regierung einen Fahrplan für den Beitritt Polens zur Eurozone 2011 erarbeitet habe. Kaczyński habe deutlich gemacht, dass nach Einschätzung von PiS dieser Termin zu früh sei und nicht unterstützt würde. Tusk kündigte ein Treffen mit allen Fraktionsvorsitzenden zur Einführung des Euro an.
28.10.2008	Die Regierung beschließt den Fahrplan zur Einführung des Euro zum 1. Januar 2012. Ab Mitte 2011 soll Polen dem Europäischen Wechselkursmechanismus II (WKM II) beitreten. Im November d.J. soll ein Regierungsbeauftragter für die Umstellung der Währung berufen werden.
28.10.2008	Nach der Zusammenkunft des Kabinettrats zeigt sich Staatspräsident Lech Kaczyński offen für eine Diskussion über die Einführung des Euro. Eine Beitrittsperspektive sei auch für die Partner Polens ein gutes Signal und trüge zur Stabilität des polnischen Finanzmarktes und zur wirtschaftlichen Entwicklung bei. Für die Einführung des Euro bedarf es der Unterstützung des Staatspräsidenten und der Opposition, um eine Änderung der Verfassung und des Gesetzes über die Polnische Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP) vornehmen zu können.
29.10.2008	Der Senat lehnt den Antrag von Staatspräsident Lech Kaczyński auf ein Referendum zur Kommerzialisierung von Gesundheitseinrichtungen, die nach Einschätzung Kaczyńskis zur Privatisierung von Krankenhäusern führen könne, ab.
30.10.2008	Der Chef der Präsidentskanzlei, Piotr Kownacki, dementiert, dass Staatspräsident Lech Kaczyński dem von der Regierung Anfang der Woche verabschiedeten Termin der Euroeinführung zum Jahr 2012 zugestimmt habe. Dies sei von den Medien kolportiert worden. Kaczyński präferiere wie auch die Oppositionspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) die Einführung des Euro in acht bis zehn Jahren.
31.10.2008	Staatspräsident Lech Kaczyński spricht sich für die Durchführung eines Referendums über den Termin der Euroeinführung in Polen aus. Er halte das von der Regierung angestrebte Datum (1.1. 2012) für ausgesprochen mutig. Nicht zur Diskussion stehe dagegen die Einführung selbst, da Polen sich durch den EU-Beitrittsvertrag dazu verpflichtet habe.
02.11.2008	Als Reaktion auf Äußerungen des neuen Vorsitzenden des Polnischen Fußballverbands (Polski Związek Piłki Nożnej – PZPN), Grzegorz Lato, dementiert Sportminister Mirosław Drzewiecki, dass es mit Deutschland Gespräche über die Austragung der Fußball-Europameisterschaft EURO 2012 in Polen und Deutschland, statt wie geplant in Polen und der Ukraine gegeben habe. Sollte der ukrainische Partner organisatorische Schwierigkeiten haben, könne aber erwogen werden, mehr Spiele als bisher geplant in Polen durchzuführen.
03.11.2008	Der Präsident der Polnischen Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP), Sławomir Skrzypek, spricht sich für die Einführung des Euro zum 1.1. 2012 aus. Unter technisch-organisatorischen Gesichtspunkten sei dieser Termin realistisch. Er hebt hervor, dass vor dem Beitritt des Złoty zum Europäischen Wechselkursmechanismus II (WKM II) politische Einigkeit herrschen müsse, damit diese Phase nicht durch politische Kontroversen gestört werde.

Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen
Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusminister der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 50.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema »Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte«, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst. (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Dr. Stefan Garsztecki (Bremen), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2008 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen